

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 3. 39. Jg.

15. Jan. 1926

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.—Mk.

Redaktion:

Hans Ronner, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schöneberg-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkenditz.**

Überstunden und Kurzarbeit.

„Sobald die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung auftritt, ist energisch auf die Beseitigung der Überstunden hinzuwirken.“ Auf diesen Satz in der Entscheidung des Kölner Verbandstages zur Tarifpolitik des Verbandes möchten wir jetzt mit aller Entschiedenheit hinweisen und fordern deshalb von der Kollegenschaft: Hände weg von allgemeinen Überstunden! Denn es kann nicht strittig sein, daß auch in unsern Berufen durch die Krise die Arbeitslosigkeit zur Massenerscheinung geworden ist. Und daneben besteht in der Kollegenschaft die uns ebenfalls berechtigt erscheinende Meinung, daß die Wirkungen der herrschenden Kapitalkrise von unsern Unternehmern nach wohlüberlegtem Plane noch verschärft werden, um besonders auf dem Gebiete der Lohngestaltung einen abbauenden Einfluß ausüben zu können. Diesem Tun muß von der Gehilfenschaft in der entschiedensten Weise entgegen getreten werden und alle Mittel sind anzuwenden, die einen Erfolg versprechen. Dazu gehört auch die Weigerung, in der Jetztzeit Überstunden zu leisten.

Die Unternehmer werden natürlich in bekannter Weise über die Verweigerung angeblich notwendiger Überstunden zernern und den Überstundenverweigerern Bruch der Tarifvereinbarungen vorwerfen. Denn in allen von unsern Verbänden abgeschlossenen Tarifen ist zu lesen, daß Überstunden nicht verweigert werden dürfen. Es ist darin aber auch zu lesen, daß die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden und täglich 8 Stunden beträgt. Nach unserm Begriffen ist das auch eine Vereinbarung der Tarifparteien, die nicht einseitig abgeändert werden kann, nachdem diesbezügliche Gesetzesbestimmungen gefallen sind. Der Schutzverband ist anderer Meinung, denn er läßt seine Mitglieder durch seinen Rechtsberater im „Steindruckgewerbe“ wie folgt beraten:

„Bis zum 15. Oktober 1923 war der Arbeitgeber vor größeren Entlassungen daran gebunden, die Arbeit bis auf 24 Stunden zu strecken. Durch Verordnung des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministeriums ist diese Verordnung aufgehoben worden.

Der Arbeitgeber kann die Arbeit jederzeit strecken, wenn ihm die Betriebsverhältnisse, besonders Mangel an Betriebskapital und Aufträgen, dazu zwingen. Der Arbeitgeber ist an keine untere Grenze der Verkürzung und Dauer gebunden. Der Arbeitgeber kann allein die Arbeitsstreckung anordnen. Die Betriebsvertretung ist nicht berechtigt, die Gründe für die Arbeitsstreckung nachzuprüfen oder ihr zu widersprechen. Nach § 74 des Betriebsrätegesetzes ist jedoch der Arbeitgeber verpflichtet, sich mit der Betriebsvertretung möglichst längere Zeit vorher über Art und Umfang der erforderlichen Einstellungen oder Entlassungen sowie über die Vermeidung von Härten ins Benehmen zu setzen, damit die Belegschaft rechtzeitig von der bevorstehenden Maßnahme in Kenntnis gesetzt wird.

Die Verkürzung der Arbeitszeit kann mit sofortiger Wirkung vorgenommen werden, eine entsprechende Kürzung des Lohnes oder Gehaltes aber erst dann, wenn der Arbeitgeber unter Einhaltung der bestehenden Kündigungsfrist die Arbeitsstreckung den davon betroffenen Arbeitnehmern mitteilt hat. Dieses schließt nicht aus, daß besondere Betriebsvereinbarungen mit den Arbeitnehmern getroffen werden können, daß die Verkürzung des Lohnes schon vor der Kündigungszeit eintritt, eine Vereinbarung, die besonders mit den Angestellten zu wählen ist, deren Kündigungszeit sich in sehr vielen Fällen auf ein Vierteljahr beläuft.“

Besonders sozial und menschenfreundlich ist auch noch folgender Absatz:
„Ist nicht die Dauer der täglichen, sondern der wöchentlichen Arbeitszeit durch Tarifvertrag geregelt, so ist der Arbeitgeber berechtigt, ohne Rücksicht auf Kurzarbeit oder regelmäßigen Arbeitsgang von der Arbeitnehmerschaft, vorbehaltlich der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung, eine Arbeitsleistung bis zu zehn Stunden täglich zu verlangen. Kommt der Arbeitnehmer

seinen vertraglich eingegangenen Verpflichtungen nicht nach, so liegt ein Verstoß gegen den § 123 der Gewerbeordnung vor, der den Arbeitgeber zur fristlosen Entlassung berechtigt.“

Diese Unterweisung ist grundfalsch. Schon nach unsern Tarifbestimmungen ist den Unternehmern benommen, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzuordnen. Aber auch das Gesetz läßt ein solches nicht zu. Sowohl die Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 17. Juni 1924 sowie Urteile der Landgerichte von Düsseldorf und Gera betonen, daß Kurzarbeit vereinbart

Tarifkontrahenten, bei Mangel an Aufträgen Kurzarbeit durch Verständigung der Beteiligten einschließlich der Kreisvertreter zu ermöglichen. Das ist dem Schutzverband genau so gut bekannt wie uns. Trotzdem läßt er seine Mitglieder beraten, daß dem Unternehmer das Recht der Anordnung der Kurzarbeit zusteht. Das ist nichts anderes, als ein erneuter bewußter Tarifbruch, verbunden mit der durchsichtigen Absicht, in der Krisenzeit faule Fische zu fangen. Daß dem mit aller Entschiedenheit entgegen getreten werden muß, versteht sich am Rande, und überall da, wo die Unternehmer sich eines solchen Tarifbruches schuldig machen, ist mit der Verweigerung jeder Überstunde als erstes zu antworten. Darüber hinaus ist unter Inanspruchnahme der Mitgliedschaftsleitung und der Kreisvertretung jeder einseitigen Anordnung von Kurzarbeit mit allen Mitteln entgegen zu treten.

Obwohl ganz einwandfrei feststeht, daß Kurzarbeit in unsern Berufen nur durch Verständigung möglich ist, sei aus der Unternehmeranweisung auf Anordnung von Kurzarbeit schon jetzt eine Schlußfolgerung gezogen. Sollten unsere Unternehmer unter Stützung auf ein kurzes Gedächtnis in der Ansicht beharren, bei ungenügendem Auftragsbestand oder mangelnden Betriebsmitteln Kurzarbeit anzuordnen, verbleibt es natürlich auch den Arbeitern, bei mangelnden Betriebsmitteln zu ihrer Zeit Kurzarbeit anzuordnen. Denn was dem einen recht ist, ist schlechterdings dem andern billig. Es scheint hier den Arbeitern ein recht beachtliches und wirksames Mittel zur Wahrung ihrer Interessen zuzuwachsen, und es ist ratsam, recht eingehend schriftlich davon Notiz zu nehmen, wo der Unternehmer einseitig Kurzarbeit anordnet. Uns deutet, es kommen auch wieder andere Zeiten.

Auch da, wo Kurzarbeit das Resultat von Vereinbarungen ist, gilt die Absicht, die Arbeitsmöglichkeit zu strecken und Entlassungen zu vermeiden. Diese Absicht wird am besten Tat, wenn jede Überzeitarbeit vermieden wird. Gewiß sind mit dem Unterlaß aller Überstunden manche Schwierigkeiten für den Unternehmer verbunden, aber die Unternehmer fragen ja auch nicht danach, mit welchen Schwierigkeiten unsere arbeitslosen Kollegen zu kämpfen haben. Im Gegenteil! Unausgesprochene Absicht der Unternehmer ist es doch, die Not der Arbeitslosen in Vorteil für sich umzumünzen insofern, als sie hoffen, daß diese Not die arbeitslosen Kollegen für unzureichende Löhne in die Betriebe treibt. Daran hat aber kein Kollege ein Interesse. Vielmehr liegt es im Interesse einer erträglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, daß die Arbeitslosen möglichst bald und schnell von der Straße und wieder in Beschäftigung kommen. Daß dieses zum Zwang für den Unternehmer wird, daß alle beruflichen Arbeitskräfte wieder in Arbeit kommen, dafür haben die noch in Arbeit stehenden Kollegen mit zu sorgen. So lange Arbeitskräfte, die auch wirklich brauchbar sind, auf den Arbeitsnachweisen zu haben sind, muß jedes Verlangen von Überstunden mit dem Hinweis beantwortet werden, daß der Überzeitarbeit durch Einstellen von Arbeitslosen vorzuziehen ist. Und wo durch Vereinbarung die Arbeitszeit verkürzt ist, können Überstunden durch Hinweis auf die verkürzte Arbeitszeit erst recht abgelehnt werden. Hat der Unternehmer dringende Arbeit, dann soll er die tarifliche Arbeitszeit in Anspruch nehmen, um zu dem gewünschten Arbeitsergebnis zu kommen.

Obwohl noch manches zur Leistung von Überstunden zu sagen wäre, wollen wir uns auf das Vorgetragene beschränken und nur noch einmal den Beschluß des Kölner Verbandstages unterstreichen: *Sobald die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung auftritt, ist energisch auf die Beseitigung der Überstunden hinzuwirken!* Das sind die noch in Arbeit stehenden Kollegen den Arbeitslosen schuldig. Darum für die Jetztzeit:

Hände weg von Überstunden!

Bezugsbedingungen der Verbandszeitschriften.

Auf verschiedene Anschreiben folgendes zur allgemeinen Kenntnis:

Mit Beginn des Jahres 1926 sind eine Reihe Änderungen im Bezuge unserer Verbandszeitschriften für diejenigen Leser eingetreten, die Nichtmitglieder unseres Verbandes sind. Die

„Graphische Presse“

kostet ab 1. Januar einschließl. „*Graphischer Technik*“ monatlich 0,50 Mk., exklusiv Zustellungsgebühren. Für die Länder des Weltpostvereins beträgt der Abonnementspreis monatlich 1.—Mk. Die „*Graphische Presse*“ ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573) zu beziehen. Die

„Graphische Technik“

ist ab 1. Januar 1926 ebenfalls im Abonnement zu haben. Sie kann sowohl durch die Post wie durch jede Buchhandlung bezogen werden. Der Abonnementspreis beträgt ausschließlich Zustellungsgebühr vierteljährlich 1.—Mk. Die

„Graphische Jugend“

ist mit dem 1. Januar aus der Post Zeitungsliste gestrichen worden. Sie kann in Zukunft weder durch die Post noch durch Buchhandlungen bezogen werden und verbleibt somit nur den Verbandsmitgliedern.

Durch diese Änderungen wird das Obligatorium für die Verbandskollegen nicht berührt. Sie erhalten nach wie vor die Verbandszeitschriften unentgeltlich.

werden muß. Die gleiche Auffassung hat auch bei Beratung der Tarife in den Tarifausschüssen geübt. Ganz besonders deutlich ist das im *Steindruckgewerbe* zum Ausdruck gekommen. Denn die Anträge der Unternehmer auf tarifliche Regelung der Kurzarbeit sind zurückgezogen worden, nachdem Einigkeit darüber bestand, daß bei Mangel an Aufträgen der Unternehmer berechtigt ist, mit den im Betriebe beschäftigten Kollegen unter Hinzuziehung des Kreisvertreters eine kürzere als die tarifliche Arbeitszeit zu vereinbaren, wenn eine solche Vereinbarung möglich ist. Aus dieser Tatsache resultieren auch die Protokollnotizen über Bemessung der Ferien und Bezahlung der Feiertage bei Kurzarbeit. Es ist also ausgesprochener Wille der

Das Auf und Ab der Wirtschaft im Jahre 1925.

II.

Die Schwankungen des Arbeitsmarktes 1925.

Der deutsche Arbeitsmarkt des Jahres 1925 bietet ein treffendes Bild der Wirtschaftsverhältnisse überhaupt. In den Ziffern der Arbeitslosen spiegelt sich das tragische Geschick von lebenden Menschen, deshalb muß gerade dieses Problem die ernsteste Beachtung verdienen. Wenn man die langen Züge frühmorgens nach den Arbeitsnachweisen wandern sieht und man so nebenbei bedenkt, daß in Württemberg für 1100 arbeitslose Angestellte nur ganze 7 offene Stellen vorhanden waren, so packt einem der Menschheit ganzer Jammer. Der große Umschichtungsprozeß der deutschen Industrie, der mit dem Worte Rationalisierung in Verbindung gebracht wird, kann sich doch unmöglich allein auf dem Rücken der Arbeiterklasse vollziehen. Gewiß sind wir uns darüber klar, daß Rationalisierung letzten Endes Ersparung von menschlichen Händen bedeutet, aber was sich hier offenbart, ist eine Tragik von übermäßigem Ausmaß. Letzten Endes sind doch nicht die Menschen wegen der Wirtschaft, die sich in den Händen einzelner befindet, da, sondern die Wirtschaft soll im Dienste der Menschheit stehen.

Die Arbeitslosigkeit spiegelt sich in folgenden Ziffern wieder:

	Vollerwerblose im Reich	In Prozent der Gesamtwirtschaftsmgl.
Anfang Dezember 1924	436607	8,1
Januar 1925	535520	8,1
Februar	593024	7,3
März	540460	5,8
April	465761	4,3
Mai	319685	3,6
Juni	233463	3,5
Juli	195582	3,7
August	197210	4,3
September	230727	4,5
Oktober	266678	5,8
November	363911	10,5
Dezember	669130	—
Mitte Dezember	1057031	—

Die Zahlen betreffen nur die Vollerwerblosen. Die wirkliche Arbeitslosigkeit kommt in diesen Ziffern nicht zum Ausdruck. Ausgesteuerte, Familienangehörige usw. bekommen bekanntlich keine Unterstützung. Ferner fehlt in dieser Statistik die Zahl der Kurzarbeiter. Im November arbeiteten 16 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder verkürzt. Ausgangs Dezember wird sich die Situation so gestaltet haben, daß die wirklichen Arbeitslosen die Zahl von 2 1/2 Millionen erreicht haben, darüber hinaus dieselbe Zahl verkürzt arbeitet. Rund die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft muß sich mit Minderverdienst oder gar keinem Einkommen begnügen. Ein schauriges Bild! Die Kurve der Arbeitslosenziffern senkte sich um Mitte des Jahres ganz wesentlich, um dann langsam zu steigen. Am Schluß des Jahres nahm die Steigerung eine atemberaubende Schnelligkeit an. Nicht zuletzt spiegelt sich aber auch in diesen Elendszahlen die Unfähigkeit der deutschen Industrie, den Produktionsapparat in Gang zu halten. Wußte man doch vielfach keinen anderen Ausweg, als die Arbeiter und Angestellten einfach auf die Straße zu werfen. Die Pflicht des Staates ist es, hier helfend einzugreifen, um das Elend wenigstens in etwas zu mildern.

Die Preisbewegung

im einzelnen zu verfolgen würde zu weit führen. Wir wollen uns damit begnügen, den Indexberechnungen des Statistischen Reichsamts Raum zu geben:

	Großhandelspreise	Lebenshaltungsindex
Durchschnitt 1913	100	100
Januar 1925	138,2	—
Februar	136,2	135,6
März	134,4	136,0
April	131,0	136,7
Mai	131,0	135,5
Juni	133,8	138,3
Juli	134,8	143,3
August	131,7	145,0
September	125,9	144,9
Oktober	123,7	143,5
November	121,1	141,4
Dezember (Mitte)	122,5	—

Kapitalmangel, Auslandskredite, Handelsbilanz.

Der Kapitalmangel bildet eine der Ursachen der heutigen Krise. Die Unternehmer betreiben die Kreditkrise als den eigentlichen Teil der Produktionskrise zu bezeichnen. Dies ist natürlich keineswegs richtig. In der Vorkriegszeit war die Einstellung des deutschen Unternehmens ganz anders wie heute. Es hätte damals die Mehrzahl der Betriebe es abgelehnt, lediglich mit Krediten zu arbeiten, also von Kreditinstituten abhängig zu sein. Die Inflationsgewohnheiten haben auch hier viel verlor-

ben. Doch ist der Kapitalmangel zweifellos vorhanden und kann ein Land wie Deutschland nicht ohne ausreichende zirkulierende Mittel sein. Doch sind die Verhältnisse gerade in der letzten Zeit hierin sehr viel besser geworden. Die Reichsbank ist heute, nach Aufhebung der Kreditbeschränkung viel nachgiebiger als früher. Und dennoch ist von einer Wirtschaftsbelebung nichts zu spüren. Gerade am Jahreswechsel war Geld genug vorhanden, was aber nicht in einer Belebung der Produktion, sondern in einer der größten Krisen, die wir je erlebt, zum Ausdruck kam.

Die Ursache der Krise beruht in der falschen Wirtschaftsentwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit. In der Kriegszeit wurden Unternehmungen gegründet, Betriebe erweitert, teilweise nur mit staatlichen Geldern, ohne daß dabei das Vorhandensein dauernder Absatzmöglichkeit im In- und Auslande vorhanden war. Dieses Spiel wiederholte sich in der Inflationszeit, wo die Einkünfte so reichhaltig waren, daß man sie nicht anders als in der Vergrößerung der Betriebe und Neueinrichtung von Unternehmungen aller Art zu verwenden wußte. Die Frage der Rentabilität und vor allen die Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande blieb außer Betracht. Das Ausland war bereits nach Kriegsschluß verpflichtet, sich auf rationelle Produktion umzustellen, bei uns trat diese Notwendigkeit erst im verlossenen Jahr richtig zutage. In Deutschland ist mit dem vorhandenen mobilen Kapital geradezu gewüßet worden. Denken wir z. B. an Rheinmetall. Diese Firma baute sich nach dem Kriege Riesenfabriken für Waggon- und Lokomotivbau. Als die Stabilisierungskrise kam, waren in Deutschland weit mehr Waggon- und Lokomotivfabriken vorhanden als in der Vorkriegszeit, der Bedarf an solchen aber wesentlich geringer. Rheinmetall geriet in Schwierigkeiten. Man sann auf Abhilfe und kam zu dem Ergebnis, die umfangreichen Neubauten abzureißen und zu verschrotten, sie konnten nicht in Betrieb gesetzt werden und deren Unterhaltung hätte jährlich eine halbe Million verschlungen. Was aber Rheinmetall an Geld zur Errichtung der Werkstätten verbrauchte ist endgültig verloren. So ging es überall. Die innere deutsche Kaufkraft war zu gering, um die erhöhte Produktion aufzunehmen und mit dem Auslande war die deutsche Industrie nicht konkurrenzfähig.

Aus freiem Entschluß, auf Grund besserer Einsicht, sind die deutschen Unternehmer zur Abhilfe dieser Mißstände nicht gekommen. So mußte denn eine Krise kommen, die für Reinigung des Apparates sorgt und eine Umstellung auf die modernste Produktion erzwingt. Diese Krise wäre schon längst eingetreten, wenn nicht gewisse Einwirkungen deren kommen zurückgedrängt hätten. Zu nennen sind hier vor allem die Auslandskredite. Die Gesamtverschuldung an das Ausland wird mit 4 Milliarden berechnet, ja die Frankfurter Zeitung glaubt sogar eine solche von 6 Milliarden feststellen zu können. Diese Auslandskredite flossen teilweise in das alte Loch, d. h. sie wurden wiederum teilweise zur räumlichen Ausdehnung der Anlagen anstatt zur Modernisierung der Betriebe verwandt. Die Auslandskredite wirkten teilweise preisstärkend, indem sie in Papiermark eingelöst und dadurch als zusätzliche Kaufkraft in Erscheinung traten. Die Durchhaltung von großen Warenlagern war teilweise nur durch Auslandskredite möglich. Teilweise wurden aber auch die Auslandskredite nicht in Form von Geld, sondern in Form von Rohstoffen und Halbfabrikaten gegeben oder die Devisen wurden sofort in Rohstoffe usw. umgewandelt. Die deutsche Handelsbilanz wurde durch die Auslandskredite nicht unwesentlich beeinflusst.

Unsere Ausfuhr nach Spanien.

Falsch angebrachte Rücksicht auf die kleine Gruppe der Winzer hat zur Kündigung des Handelsvertrages mit Spanien geführt. Dadurch ist die gesamte deutsche Industrie aus schwerster getroffen. Vergeblich haben Gewerkschaften, Handelskammern und Industriellenverbände in seltener Einmütigkeit gegen das Vorgehen der Regierung protestiert. Dieser kam es vor allem darauf an, es nicht mit der Landwirtschaft und den ihr nahestehenden rechtsgerichteten Kreisen zu verderben. So wurden die Interessen der Industrie leichtfertig geopfert und damit die Wirtschaftskrise in weitestem Ausmaß verschärft. An das Kapitel der Preissenkungsaktion schließt sich das Kapitel der Handelsvertragsverhandlungen würdig an.

Wenn auch der Vertrag mit Spanien mancherlei Wünsche unerfüllt ließ, wenn wir auch nicht die von uns geforderte Meistbegünstigung erhalten konnten, so ist doch nicht zu leugnen, daß das Abkommen bedeutende Vorteile bot. Die Zahlen geben über die sprunghafte Steigerung des Exports ein anschauliches Bild. Es seien davon nur einige wiedergegeben, die uns als graphische Arbeiter besonders interessieren. In Doppelzentnern, jeweilig auf Monatsdurchschnitt umgerechnet, gingen nach Spanien:

	1. Halb-jahr 1924	1. Halb-jahr 1925	3 Viertel-jahr 1925
Chlorkalium	14938	10	151
Salicylsäure etc.	24	51	51
Anilinfarbe	60	230	627
Alizarinfarbstoffe	2	21	27
Indigo	11	11	24
Ultramarin	8	92	201
Bronzefarben	7	28	54
Div. Farben	86	116	226
Zellulose	6004	3293	5488
Packpapier	571	391	614
Druckpapier	2817	6151	5051
Div. Papierkarten etc.	16	55	57
Tapeten etc.	43	170	75
Photogr. Papier	10	47	92
Briefpapier	7	65	42
Div. Papierwaren	39	100	69
Schreibhefte etc.	92	168	125
Bücher	57	15	11
Farbendruckbilder	18	38	33
Photographie	10	276	340
Photo. Trockenplatten	42	62	197
Kinofilme, unbelichtet	180325	105717	414233 m
Kinofilme, belichtet	48785	37267	47967 m

Die Kündigung des Vertrages war also ein schweres Verbrechen und dies um so mehr, als damit die ständige Notlage der Winzer auf die Dauer nicht behoben werden kann. Das deutsche Klima ist dem Weinbau nicht so günstig wie das südländische und lohnt daher nicht die große Arbeit, die auf die Pflege der Reben verwandt werden muß. Daher ist auch die beträchtliche Unterstützung von über 100 Millionen Mark, die die Regierung den Winzern zukommen ließ, eine zwecklose Verschwendung gewesen.

Neben der Kündigung des Vertrages mit Spanien haben die Winzer auch den unbefriedigenden Ausfall des Handelsabkommens mit Italien an dem Gewissen. Hier wie dort stand die kleine Schar der Winzer den gewaltigen Massen, die zur Industrie zählen, hindernd im Wege, zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft.

Die Verhandlungen mit Spanien sind wieder im Gange. Soll die Regierung nicht wieder den Klagen der Winzer erliegen, so muß sie endlich Gewerkschaftsvertreter zu den Verhandlungen heranziehen, wie es schon lange von uns gefordert und von der Regierung auch mehrfach versprochen worden ist.

Zum endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Durch die Verfassung ist uns, den Arbeitern und Angestellten, die volle Gleichberechtigung im Staate zugesichert. Die Einrichtung der Betriebsräte war der erste Schritt zur Mitwirkung und Mitbestimmung in Wirtschaftsleben. Aufbauend sollten die Bezirkswirtschaftsräte folgen und das Ganze vom Reichswirtschaftsrat gekrönt werden. Bekanntlich liegt nun endlich ein Entwurf zur Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates vor.

Aber alles, was von der Arbeiterschaft verlangt wird, muß von den Unternehmern bekämpft werden. Einige Äußerungen seien hier registriert. In der D. B. Ztg. vom 5. Dezember tritt Dr. Otto Hugo, M. d. R., und Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bochum auf. In einer längeren Betrachtung kommt er zu dem Schluß, „daß der Reichswirtschaftsrat keine für unser wirtschaftliches und politisches Leben notwendige und zweckmäßige Organisation darstellt“.

Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel beschäftigte sich in einer Vollversammlung ebenfalls mit diesem Gegenstand. Die Kammer kam nach einem Bericht des Syndikus und Oberbürgermeisters Dr. Mast einstimmig (!) zu der Auffassung, „eine Steigerung der Qualität in den Leistungen des Reichswirtschaftsrates sei für die Zukunft nicht zu erwarten, solange nicht eine grundsätzliche Umgestaltung erfolge. Sie verspricht sich von der Schaffung eines endgültigen Reichswirtschaftsrates für die Gesamtwirtschaftsinteressen keine wesentliche Förderung“.

Auch die Essener Ortsgruppe der „Vela“ (Vereinigung der leitenden Angestellten) nahm zu dem Entwurf Stellung. Die Vela zählt in ganz Deutschland vielleicht einige tausend Mitglieder. Und was meinen die? Der Gesetzentwurf sei eine große Gefahr für das Allgemeinwohl. Der Ausschluß der Vela von den Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums mit einigen Organisationen stelle einen unverantwortlichen Bruch der von der Regierung zu wahrenen Neutralität dar. Zum Schluß sind die Vela-Leute der Meinung, daß ohne ihre Mitarbeit im Reichswirtschaftsrat keine erfolgreiche Arbeit geleistet werden kann.

So klingt es allerwegen in deutschen Blättern. Ein sonderbarer Widerspruch, wenn man auf der einen Seite immer und immer wieder lesen muß, daß die deutsche Arbeiterschaft (natürlich einschließlich der Angestellten und Beamten) nur unmögliche Forderungen stellt und

nirgendwo ernsthaft am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitarbeiten will, und hier? Wir sollen jedenfalls daraus erkennen, daß die deutschen Unternehmer nicht wollen, ja, daß sie diese Mitarbeit fürchten! Sie wollen uns nicht mitarbeiten lassen, wir sollen keinen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse gewinnen, wir dürfen nicht mitarbeiten, denn sonst könnten wir uns ja eines Tages einarbeiten und dann wären sie, die Herren der Wirtschaft — überflüssig!

Wer bisher die Tätigkeit der Handelskammern beobachtet hat und ihren gewaltigen Einfluß auf die Regierungskreise kennt, der muß mit uns arbeiten und streben, daß wir dort als Gleichberechtigte einziehen und mitwirken, ebenso wie im Reichswirtschaftsrat, trotz und allem!

Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenfürsorge.

Die seit Monaten dahinglitschernde Wirtschaftskrise ergießt sich nun mit gewaltigen Fluten über das deutsche Volkswirtschaftsleben. „Höhere Gewalt“ für die ungeheure Wirtschaftskrise, unter der der Staat in allen seinen Fugen ächzt und stöhnt, verantwortlich zu machen, wäre völlig verkehrt. Die Ursachen dieser Krise stecken in der völlig verkehrten Wirtschaftsführung des kapitalistischen Systems an sich und der unserer Tage im besonderen. Weiter darauf einzugehen, können wir uns schenken, da an dieser Stelle das öfteren schon eingehende Erörterungen darüber angestellt wurden.

Wieder zeigt sich nun die Infamie des kapitalistischen Systems in seiner ganzen Wucht. Die wirtschaftliche Not steigt von Tag zu Tag. Der Höhepunkt dürfte noch nicht erreicht, geschweige denn überschritten sein. Mit unerhörter Heftigkeit ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen gewachsen. Im August vorigen Jahres waren es 200 000 Erwerbslose, die Anspruch hatten auf die sogenannte Hauptunterstützung. Zur Zeit wird die Zahl derer, die die Erwerbslosenunterstützung erhalten, auf über eine Million geschätzt. Innerhalb weniger Wochen ist also die Erwerbslosigkeit auf das Fünffache gestiegen. Zu dieser Million geschätzten unterstützungsberechtigten (Ende Dezember v. J.) Erwerbslosen, sind aber noch einige hunderttausend nicht unterstützungsberechtigte, bereits ausgesteuerte Erwerbsloser hinzuzurechnen. Und bis diese Zeiten zur Drucklegung gelangen, wird die Erwerbslosenziffer sich schon wieder um einige Hunderttausend vermehrt haben. Von überall her, aus Schlesien, Süddeutschland, Wasserkante, Rheinland-Westfalen, Ruhrgebiet werden ständig Betriebsbeschränkungen, Betriebsstilllegungen gemeldet und neue in Aussicht gestellt. Besonders hart von der Krise ist die Schwer- und Maschinenindustrie betroffen. Die Zahlen über die Erwerbslosigkeit kennzeichnen aber noch nicht den ganzen Umfang des Elends. Nirgends finden sich bei den Erwerbslosen Ersparnisse aus früherer Zeit. Und die Zuwendung, die die unterstützungsberechtigten Erwerbslosen aus der offiziellen Unterstützung erhalten, sind völlig unzureichend. Aber noch unzureichender ist die Unterstützung der Ausgesteuerten, die der Armenfürsorge anheimgegeben sind. So sind die Erwerbslosen mit ihren Angehörigen in ihrer Gesamtheit restlos dem Hunger, der Not preisgegeben. Die Versuche der Sozialdemokratie, die Sätze der Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen, hatten nur einen geringen Erfolg. Ihre Forderung auf Erhöhung der Unterstützung um 50 Proz. wurde glatt vom Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages verworfen. Nur eine geringe Erhöhung von einigen Mark wurde vor Weihnachten den Erwerbslosen zugesprochen. Die geschäftsführende Regierung bleibt gegen alle wachsende soziale Not gleichgültig. Dr. Luther begründet seinen ablehnenden Standpunkt damit, er könne die Verantwortung für diese Ausgaben nicht übernehmen. Wohl kann aber Dr. Luther zusehen, wie Tausende elend zugrunde gehen. Die bürgerlichen Parteien haben sich völlig unter die Führung dieses Herrn gegeben. Wenn die bürgerlichen Parteien des Reichstages und wenn die Reichsregierung, die jetzige oder die kommende, voran angeblich zu hohen Kosten, die eine nennenswerte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung mit sich bringen soll, zurückschrecken, dann sollen sie doch zur Entlastung der Unterstützten die produktive Erwerbslosenfürsorge besser finanzieren und in großartigem Maße Arbeit beschaffen. Aber auch darin wurde bis jetzt nichts unternommen; außer einigen Beratungen. Wenn auch für die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht genügend Geld da sein sollte — warum gibt man dann den Hohenzollern die hunderte von Millionen? Damit könnte man produktive Arbeit finanzieren und für die Arbeitslosen Brot schaffen!

Aber was kann man von Herrn Dr. Luther und seinen Trabanten mehr verlangen. Selbst ihren eigenen Staatsbeamten schenkt die Re-

gierung kein Gehör. So sagt z. B. Regierungspräsident König:

„Im Interesse der ganzen deutschen Wirtschaft und aus vorausschauenden Erwägungen ihrer künftigen Entwicklung, müssen jetzt Mittel aufgebracht werden, die industrielle Reservearmee, wie man das Heer der zur Zeit Erwerbslosen nennen darf, so zu unterstützen, daß sich die bedauernswerten Opfer der Wirtschaftskrise wenigstens das Mindestmaß des Lebensunterhalts beschaffen können, um sich ihre physische Leistungsfähigkeit zu bewahren, damit sie bei wieder ansteigender Konjunkturkurve in der Lage sind, bei dem Ruf in die Produktionsstätten die Arbeit im Interesse des Gesamtwohles wieder auszuführen.“

Herr Dr. Luther verschließt sich aber gegen alle Ratschläge und Warnungen. Ihm und seinem Anhang ist es gleichgültig, wenn Hunderttausende durch Krankheit, Unterernährung sich schädigen, die deutsche Volkswirtschaft kann ja der gesunden und kräftigen Menschen entbehren. Also anscheinend weiß Herr Luther und mit ihm die bürgerlichen Parteien nicht, daß das wertvollste Gut eines Volkes seine Arbeitskraft ist. Wissen nicht, daß, wenn man dieses kostbarsten Gutes verlustig gegangen ist, alles verloren hat.

Nach einwandfreien Berechnungen würde nach Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Proz., die Ausgaben im Monat sich auf ungefähr 60—70 Millionen Mk. belaufen. Ein Teil davon könnte aus den Reserven genommen werden, die früher für die Erwerbslosenfürsorge vorgesehen, aber nicht ausgeschüttet wurden. Die in einem Jahr ausbezahlten Unterstützungssätze würden dann noch nicht einmal die Millionen betragen, die man den Ruhrindustriellen in den Rachen geworfen hat. Hatten die Ruhrunternehmer kein Recht auf jene Millionen, so ist das Recht der Arbeitslosen auf ausreichende Unterstützung fraglos stärker, denn sie sind schuldlos erwerbslos geworden.

Was hat für den erwerbslosen Arbeiter zu geschehen?

Die Unterstützung muß so ausreichend sein, daß der Arbeitslose mit seinen Angehörigen nicht ins Elend gerät. Auch schon aus dem Grunde, um die notwendige Lohnentwicklung nicht zu hindern. Es müssen Notstandsarbeiten in ausreichendem Maße in Angriff genommen werden.

Die Lösung des Erwerbslosenproblems ist die dringendste Voraussetzung für jede Entspannung der Wirtschaftskrise. Die Erhöhung der Fürsorgesätze ist daher für jede Reichsregierung eine staats- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Darum her mit der Arbeitslosenversicherung! Nach der Auffassung des Unternehmers wird sich die Massenarbeitslosigkeit sogar zu einer Dauerarbeitslosigkeit auswachsen. Die furchtbare Wirtschaftskrise zwingt dazu, daß so rasch als möglich eine brauchbare Arbeitslosenversicherung geschaffen wird. Der Reichstag wird baldigst daran gehen müssen, den vorliegenden Arbeitslosenversicherungs-Gesetzesentwurf so umzugestalten, daß er zur Linderung der Massenarbeitslosigkeit dieses Jahr eine wirksame Handhabe bietet. Ohnedies zeigt sich, daß auf lange Zeit hinaus die Arbeitslosenfrage der Kernpunkt der Sozialpolitik sein wird. Es muß deshalb in der Arbeitslosenversicherung ganze Arbeit gemacht werden. Bei dem Arbeitslosenproblem wird der Reichstag Gelegenheit haben, zu zeigen, ob er nun endlich die Zeichen der Zeit versteht.

Die Horty-Regierung gegen die Gewerkschaften.

Von einem Kollegen aus Ungarn wird uns geschrieben:

Nationalversammlung und Regierung, die angesichts der Teuerung, Arbeitslosigkeit und mangelnden Sozialpolitik ein vollkommenes Abgestumpftsein an den Tag legen, begünstigen geradezu das gegen die Gewerkschaften betätigte Kesseltreiben, anstatt, wie dies heute schon in ganz Europa geschieht, deren kulturelle Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern. Dieses Piedestal zu besteigen, erscheint aber bei uns eine Unmöglichkeit, wo reaktionärer, mittelalterlicher Geist jeder fortschrittlichen Bewegung den Fehdehandschuh hinwirft. Die Gewerkschaften sind heute überall als wirtschaftliche Faktoren und kulturelle Institutionen anerkannt, nur eben bei uns nicht, wo einzelne Ministerien planmäßige Maßregelungen derselben als eine ihrer Hauptaufgaben erachten. Ausgesprochen staatliche Aufgaben erfüllende Gewerkschaften werden geheimnisvoll und verfolgt. Die Gewerkschaften stehen in ständigem Kampf um die zu erleichternden und zu verbesserten Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Sie kämpfen im Interesse der Arbeiterschaft für die staatlicherseits vollkommen vernachlässigte Hebung ihres geistigen Niveaus. Oder grölt man uns gerade deshalb, weil wir die Arbei-

terschaft aus den Schlamm der Unwissenheit herausziehen, um sie zu sozialen Menschen zu erziehen? Wohl möglich, da ja die Volksmassen dann für die niederen Zwecke der Besitzenden nicht mehr gmißbraucht werden könnten. Die Gewerkschaften sind die einzige Einrichtung in unserem Lande, die sich sozialpolitisch betätigen und die schweren staatlichen Unterlassungssünden wettmachend, die Arbeitslosen, die Invaliden und die Witwen unterstützen. Nach den Ermittlungen des Gewerkschaftsrats haben die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten dieses Jahres Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt, obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Aufgabe und Pflicht der Regierung wäre ferner, durch Sozialpolitik das Los der Arbeitenden zu erleichtern, wie das in Europa heute schon überall der Fall ist, und für Arbeitsmöglichkeiten sowie mittels Wohlfahrteinrichtungen für Hebung der Volkshygiene usw. zu sorgen. Die ausländischen Staaten arbeiten wenigstens gelegentlich für das Wohl der Bevölkerung mit den Gewerkschaften Hand in Hand, während bei uns von allem gerade das Gegenteil geschieht. Die reaktionäre Regierung wirkt beinahe wie eine feindlich gesinnte Arbeitgebervereinigung, die die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft um jeden Preis zu hintertreiben trachtet. Sie kämpft gegen die normalen Löhne und gegen den Achtstundentag und ist unter keinen Umständen zur Ratifizierung irgend eines Abkommens zu bewegen, die in Genf zustande kamen und die heute selbst von den Balkanstaaten angenommen wurden. Unter Beifallkundgebungen der Mehrheit wird seitens der Völkischen, der Agrarier und der Christlichsozialen gegen die Gewerkschaften gehetzt und anlässlich der Budgetverhandlungen spielte sich unlängst eine wahre Hetzkampagne in der Nationalversammlung ab. Die reaktionären Abgeordneten Gaszton Gal, Lendvai, Vician haben sich durch mittelalterliches reaktionäres Kampfgebahren besonders hervorgetan. Sie fasseten von der roten Gefahr und versuchten auf jede Weise die öffentliche Meinung zu irritieren. Ihre Zwischenrufe verrieten Unwissen und Unorientiertheit. Diese Dinge werden jedoch von der Regierung nur begrüßt, da sie ihr Gelegenheit zu erneuten Schikanen bieten. Jammervolle Zustände! Ungarn ist heute tatsächlich unter den europäischen Kulturstaaten die Hochburg der Reaktion, Italiens würdiger Gesinnungsgenosse, wo der Faschismus in bezug auf Unterdrückung seine wütendsten Orgien feiert. Daher auch die Ovationen. Wir haben keine Vereins-, keine Versammlungs- und keine Pressefreiheit. Alles hängt von der Willkür der Regierung und der Behörden ab, während sich die Arbeitgeber zum Schutze ihrer Interessen mit größter Bewegungsfreiheit organisieren können. Bei den Budgetverhandlungen traten unsere Gesinnungsfreunde den überwältigenden Angriffen mit größter Energie entgegen und haben im Interesse der sozialen und kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft eine Fülle von Anträgen eingebracht, die jedoch von der Nationalversammlung samt und sonders verworfen wurden. Es hat sich wieder einmal bewahrt, was wir schon seit langem betonen, daß nämlich die Arbeiterschaft vollkommen auf sich allein angewiesen ist. Während das Ausland die Gewerkschaften in weitestgehendem Maße unterstützt und sie zu allen sozialen und kulturellen Aktionen heranzieht und in schwerwiegenden Fragen ohne sie keine Entscheidungen trifft, sind Zurücksetzung, Schikanen und Verfolgungen unser Erbeil. Alle Handlungen der Reaktionen richten sich gegen das Volk. Sie wollen in vollem Umfange das alte feudal-oligarchisch-kapitalistische System wieder einführen und die arbeitenden Millionen der Willkür von einigen Tausenden preisgeben. Sie mögen das nur tun! Die Arbeiterschaft kann aber aus diesen reaktionären Bestrebungen lernen, wie wichtig und einschneidend es für sie ist, in Anlehnung an ihre Gewerkschaften und im Interesse der mächtvollen Erstarkung derselben mit tausendfacher Intensität zu arbeiten. Je heißer die Treibjagd, umso größer sei unsere Arbeitseifer, umso freudiger unsere Begeisterung, mit der wir für neue Kämpfe unsere Kräfte sammeln. Wenn die Zehn- und Hunderttausende der Bewegung gegenüber ihre Pflicht erfüllen, werden die Heizer samt ihrer Nationalversammlung und ihrer Regierung längst zu moralischen Leichen geworden sein, während unsere Gewerkschaften, Organisationen und andere Einrichtungen für die Millionen des Volkes wirkend, eine machtvolle Volkskultur, Volkswohlfahrt und Freiheit schaffen werden. Auf Hetze und Kesseltreiben sei nur das eine gesagt, daß wir nun erst recht zu unseren Gewerkschaften halten und daß wir für deren Erstarkung mit gesteigerter Kraft nun erst recht arbeiten wollen. Im Kampfe gegen Reaktion und Kapitalismus sind die Gewerkschaften unser einziges Bollwerk, und es sei alles daran gesetzt, sie zu wahren Kampforganismen zu gestalten.

Die neue Privatlithographen-Liste.

Um auch in der Privatlithographie geordnete Verhältnisse herbeizuführen, haben die Vertragsverbände dem Tarifvertrag für das Lithographie- und Steindruckgewerbe — im § 14 Ziffer 5 — eingefügt:

„Die Vergabung von Arbeiten darf nur an solche Betriebe (einschl. Privatlithographen und Privatdrucker) erfolgen, die den Tarif anerkennen und befolgen und in einer beim Tarifamt niedergelegten Liste verzeichnet sind.“

Die strikte Einhaltung dieser, für die Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse nicht unwichtigen Bestimmung, ist dringend nötig. Um deren Einhaltung zu fördern, ist die vom Tarifamt geführte Liste mehrfach veröffentlicht worden; so auch die Zu- und Abgänge in der Form von Nachträgen. Es muß aber gesagt werden, daß die Liste bei Vergabung von Arbeiten seitens der Firmen sehr ungenügend beachtet worden ist. Und das trotzdem diese Bestimmung bereits seit Schaffung des Tarifes im Mai 1919 — also seit fast sieben Jahren — in diesem enthalten ist.

Aber auch die Kollegen haben sich um den Ursprung auftauchender betriebsfremder Lithographien herzlich wenig gekümmert. Auf diese Unterlassungssünde ist in den Spalten der „Graphischen Presse“ in letzter Zeit mehrfach hingewiesen worden, ohne dadurch eine merkliche Besserung herbeizuführen.

Um nun den Firmen und den Kollegen den Einwand zu nehmen, sie seien nicht im Besitze eines Abdruckes der Privatlithographen-Liste und somit auch nicht in der Lage, § 14 Ziffer 5 zu befolgen, bzw. dessen Durchführung zu kontrollieren, haben die Vertragsverbände das Tarifamt beauftragt, die Liste neu anzulegen, zu vervielfältigen und jeder tariftreuen Firma in zwei Exemplaren zu übersenden. Diesem Beschlusse ist in den ersten Tagen des neuen Jahres entsprochen worden. Die Firmen sind gleichzeitig in einem Begleitschreiben dringend ersucht worden, bei Vergabung von Arbeiten nur die in der Liste verzeichneten Privatlithographien zu berücksichtigen und somit dem § 14 Ziffer 5 auch zu entsprechen.

Damit die Kollegen in den Betrieben kontrollieren können, ob die betriebsfremden Lithographien tatsächlich von tariftreuen Privatlithographen angefertigt wurden, hat der Verbandsvorstand mehrere tausend Exemplare auf eigene Rechnung anfertigen und jeder Ortsverwaltung — entsprechend der zu ihrem Wirkungsbereich gehörenden Zahl der Betriebe — die benötigte Anzahl mit dem Ersuchen zugehen lassen, diese an die Betriebsvertrauensleute mit der Aufforderung zu verteilen, nummehr an der Hand der Liste die Vergabung von lithographischen Arbeiten ernstlich zu kontrollieren und wenn nötig, unter Anwendung tariflicher Mittel für die wirkliche Durchführung des § 14 Ziffer 5 zu sorgen.

Die neue Liste ist nach dem Stande vom 31. Dezember 1925 angefertigt worden und enthält rund 220 Privatlithographien und gleichfalls kurze Angaben über die Spezialität der von diesen zur Ausführung gelangenden Arbeiten. Den Firmen ist somit Gelegenheit gegeben, im Bedarfsfalle eine zweckentsprechende Auswahl zu treffen.

Zu bemerken ist noch, daß die Nachträge zu der Liste — Zu- und Abgänge — ebenfalls allen tariftreuen Firmen durch das Tarifamt und den Ortsverwaltungen durch den Verbandsvorstand zugehen werden. Dringend nötig ist, daß dem Tarifamt sofort Nachricht gegeben wird, wenn ein Privatlithograph seine Tätigkeit eingestellt und evtl. eine Stellung als Gehilfe oder eine solche außer Beruf angenommen hat, damit die

Streichung aus der Liste vollzogen werden kann. In der Regel machen die Privatlithographen von der Aufgabe ihrer Tätigkeit dem Tarifamt keine Mitteilung. Erfahrungen haben uns aber gelehrt, daß ehemalige Privatlithographen noch nach Aufgabe ihrer Selbständigkeit Arbeitsangebote ihrer früheren Kundschaft angenommen und die Aufträge ausgeführt haben. Diese Schwarzlithographie muß unmöglich gemacht werden und die Kollegen können wesentlich dazu beitragen, wenn sie jede ihnen bekannt werdende Einstellung von Privatlithographentätigkeit dem Tarifamt sofort melden.

Sorgen wir also mit allen Kräften dafür, daß die neue Privatlithographenliste ihren Zweck auch tatsächlich erfüllt.

Rundschau.

Der Reichstarif für das Buch- und Zeitungsdrukkeri-Hilfspersonal gekündigt.

Dem Vorstand des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter wurde der Reichstarif für die graphischen Hilfsarbeiter im Buchdruckgewerbe vom Deutschen Buchdrucker-Verein mit folgender netter Begründung gekündigt:

„Da sich der Reichstarif für das deutsche Buch- und Zeitungsdrukkeri-Hilfspersonal für unsere Mitglieder immer mehr als untragbar herausgestellt hat, sehen wir uns gezwungen, den unter dem 24. Januar 1925 getätigten Tarif hiermit zum 28. Februar 1926 zu kündigen.“

Zahl der Druckereien in Frankreich, Belgien und Luxemburg.

Nach einer Zusammenstellung der französischen Fachpresse waren im Jahre 1925 in Frankreich, einschließlich der Kolonien, 5485 Druckereien vorhanden. Hiervon entfallen allein auf Paris 1121 (nämlich 771 Buchdruckereien, 49 Buch- und Steindruckereien, 257 Steindruckereien, 37 Kupfer- und 7 Lichtdruckereien); in den Provinzen und Kolonien dagegen gibt es 4364 Druckereien, davon 3542 Buchdruckereien, 665 Buch- und Steindruckereien, 134 Steindruckereien, 17 Buch- und Lichtdruckereien. Das viel kleinere Belgien besitzt 1145 Buchdruckereien, 248 Buch- und Steindruckereien, 22 Steindruckereien, zusammen 1415 graphische Betriebe, das Großherzogtum Luxemburg 48 Buchdruckereien.

Der Drang nach der Futterkrippe.

Der Drang der Patentnationalen nach der Regierungsfutterkrippe ist anscheinend sehr groß. Wenigstens versuchen sie alles, eine andere als eine Rechtsregierung in Reiche zu verhindern. Auch unsere „Graphische Presse“ muß dazu herhalten, das Zentrum für rechts einzufangen. Die „Bergisch-Märkische-Zeitung“ vom 5. Januar 1926 macht das unter der Stichmarke „Sozialdemokratie und Reichspräsident“ so:

Wie man in der deutschen Republik den jetzigen Reichspräsidenten beschimpfen darf, beweist die „Graphische Presse“, das sozialdemokratische gewerkschaftliche Blatt der Lithographen usw., das in seiner Nummer vom 25. Dezember in einem hämischen Aufsatz „Das Fest des Lichts und Friedens“ unter anderem schreibt: „... der Massenmord wurde angebetete Kunst, der erfolgreichste Massenmörder der vergiftete Führer der Nation“. Wehe der nationalen Zeitung, die in diesem Stil etwa über Ebert gesprochen hätte! Ein halbes Jahr Gefängnis wenigstens wäre dem Schriftleiter sicher gewesen.

Und mit einer derartigen Gesellschaft, bei der solche Gemeinheiten Ausdruck innerster Gesinnung sind, will das christliche Zentrum

durchaus zusammengehen! Solche Auslassungen können übrigens auch dem Reichspräsidenten zeigen, welchen Erfolg seine Bemühungen um den Zusammenschluß unseres Volkes haben. Goethes Weisheit könnte uns auch hier Führer sein:

„Mit wahrhaft Gleichgesinnten kann man sich auf die Länge nicht entzweien; man findet sich immer wieder einmal zusammen; mit eigentlich Widergesinnten versucht man umsonst, Einigkeit zu halten“.

Uns deutet, auch das wird nichts nützen. Schade deshalb um den Aufwand, der nutzlos vertan ist.

Die Steigerung der Krankheitsziffern und der Gesundheitszustand der Bevölkerung.

Im Februar 1924 ist eine sprunghafte Erhöhung des Krankenstandes erfolgt. Seitdem ist der Krankenstand der deutschen Krankenkassen sehr hoch geblieben. Auch in den Sommermonaten hat sich kaum eine Besserung gezeigt. Nicht nur der Krankenstand ist gestiegen, auch die Dauer der Erwerbsunfähigkeit ist größer als vor dem Kriege. Mit der Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes kann diese Erscheinung nicht erklärt werden. „Der allgemeine Gesundheitszustand“, behauptet Professor Dr. Großhain, „ist für das Jahr 1924 und 1925 derartig, daß es auch vor dem Kriege niemals Jahre gegeben hat, in denen er besser gewesen wäre. Die akuten Infektionskrankheiten sind weiter zurückgegangen, die Grippe ist nirgends seuchenartig aufgetreten, die Tuberkulosesterblichkeit ist auf den Friedensstand und noch darunter zurückgegangen“. Unter solchen Umständen kann die Erklärung der hohen Krankheitsziffern nur auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes gesucht werden.

Vom Büchertisch.

Taschenbuch der Arbeit. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Preis 1,25 Mk.

Das handliche Format, der biegsame und doch sehr haltbare Einband vor den Freunden dieses Arbeiter-Taschenkalenders besonders erwünscht sein. Das Kalendarium ist mit großen Schreibflächen ausgestattet, bietet also reichlich Gelegenheit für Notizen und Vorkerkungen. Mit besonderer Sorgfalt ist der Textteil zusammengestellt. Dabei wurde besonders berücksichtigt, daß der Arbeiter alle das in seinem Taschenkalender findet, was er rasch nachschlagen will. Eine mit reichem statistischen Material versehene Wirtschaftsübersicht, Chronik der sozialdemokratischen Bewegung, ein Abriss der Geschichte der Technik findet sich in vielen anderen. Selbst ein Fremdwörterverzeichnis fehlt nicht. Unentbehrlich für jeden gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter ist das wertvolle Adressenmaterial, das der Kalender enthält. Die Einrichtung der Partei und der Gewerkschaften, die Adressen der Partei- und Gewerkschaftspresse, Parteibuchhandlungen, Gewerkschaftshäuser, Arbeitersekretariate usw. sind in übersichtlicher Weise geordnet. Das Taschenbuch der Arbeit ist so über den Rahmen eines Taschenkalenders hinaus zu einem unentbehrlichen Nachschlagebuche geworden, das in die Hand jedes Organisierten gehört.

„Jugend-Führer“. Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt ab 1. Januar 1926 unter obigen Titel ein Mitteilungsblatt heraus, von dem soeben die erste Nummer erschienen ist. Der Inhalt zeigt, daß nicht nur die Veranstaltungen für die Jugend und deren Ausbau behandelt werden sollen, sondern auch die großen Gebiete der Berufsausbildung, Berufsberatung, Berufsschule, Jugendfürsorge, Jugendgerichtshilfe usw. Daher wird das neue Organ nicht nur bei den direkt als Jugendleiter tätigen Kollegen Interesse finden, es wird eben so sehr für alle übrigen Gewerkschafter von Wert sein, die bei Tarifverhandlungen, in Berufs- und Arbeitsämtern, in Gemeindevertretungen und Deputationen und jugendlichen Arbeiter besonders angehen, mit zu entscheidenden Neben der Wiedergabe von wichtigen Mitteilungen und von Anregungen für die Praxis soll aber auch das Grundsätzliche, das bei der gesamten Tätigkeit für die Jugend zu beachten ist, nicht übergangen werden. Eine bereits im ersten Heft enthaltene Betrachtung über die „Frühreife“ der Jugend sowie die Ankündigung, daß Artikel über Aufgaben der Bildungsarbeit, Psychologie, die Jugend sehr häufig in die Lage kommen, über Fragen, die die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter besonders angehen, mit zu entscheiden. Neben der Wiedergabe von wichtigen Mitteilungen und von Anregungen für die Praxis soll aber auch das Grundsätzliche, das bei der gesamten Tätigkeit für die Jugend zu beachten ist, nicht übergangen werden. Eine bereits im ersten Heft enthaltene Betrachtung über die „Frühreife“ der Jugend sowie die Ankündigung, daß Artikel über Aufgaben der Bildungsarbeit, Psychologie, die Jugend sehr häufig in die Lage kommen, über Fragen, die die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter besonders angehen, mit zu entscheiden. Neben der Wiedergabe von wichtigen Mitteilungen und von Anregungen für die Praxis soll aber auch das Grundsätzliche, das bei der gesamten Tätigkeit für die Jugend zu beachten ist, nicht übergangen werden. Eine bereits im ersten Heft enthaltene Betrachtung über die „Frühreife“ der Jugend sowie die Ankündigung, daß Artikel über Aufgaben der Bildungsarbeit, Psychologie, die Jugend sehr häufig in die Lage kommen, über Fragen, die die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter besonders angehen, mit zu entscheiden.

Je ein erfahrener

Zweifarb-Offsetdrucker

für Planeta und Zweifarb-Frankenthaler

in gutbezahlte Dauerstellung sofort gesucht.

Hugo Bestehorn, Magdeburg-Neustadt.



Conrad Müller
Spezialist
1872

Retuschier-Apparate



für feinste Maschinen-Retusche

Carl Rückriem, Leipzig-Eu. 12.

Ein erfahrener

Flachdruck-Maschinenmstr. desgl. ein Offsetdrucker

in gutbezahlte Dauerstellung sofort gesucht

Hugo Bestehorn, Magdeburg-Neustadt.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Yeldrucker.

Briefadresse: z. Hd. des Geschäftsführers Herrn Richard Köhler, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 13.

Wir ersuchen um Angabe des Aufenthaltsortes und Adresse des Chemigraphen

Kurt Koch

zuletzt tätig in Pöbbeck i. Thür. bez. Berlin, zwecks Vollstreckung einer Entscheidung des Schiedsgerichts Berlin.

Richard Köhler, Geschäftsführer.

Fachliteratur!

Der praktische Umdrucker von Bernhard Enders. Preis inkl. Nachnahme 1.— RM.

Das Tuschieren u. Ätzen der Metalle v. G. Schweikhard u. W.v. Falkenstein. Preis inkl. Nachnahme 1.50 RM.

Die Erfindung der Lithographie von Fritz Hansen. Preis inkl. Nachnahme 0.75 RM.

Der lithographische Maschinendruck von Golmert. Preis inkl. Nachnahme 1.50 RM.

Zu beziehen durch
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.